

# **Kirche und Gesellschaft**

Herausgegeben von der  
Katholischen Sozialwissenschaftlichen  
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 126

## **Nicaragua –**

vom revolutionären Traum  
zum real-existierenden Alptraum?

von Jürgen Aretz

Verlag J. P. Bachem

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die  
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle  
Viktoriastraße 76  
4050 Mönchengladbach 1

**Redaktion:**  
**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**  
**Mönchengladbach**

Nicaragua ist ein kleines Land: Auf 130 000 km<sup>2</sup> – etwas mehr als der Hälfte der Bundesrepublik Deutschland – leben knapp 3 Millionen Menschen. Materielle Reichtümer weist Nicaragua nicht auf; es verfügt weder über eine entwickelte Industrie noch über große Bodenschätze. Gleichwohl steht dieses Land heute im Blickfeld des internationalen politischen Interesses wie wenige andere Staaten.

Das gilt auch für die deutsche Öffentlichkeit. Selbst mancher politisch interessierte Bundesbürger wäre vor nicht allzu langer Zeit mit der Frage nach der geographischen Lage Nicaraguas noch vor eine kaum lösbare Aufgabe gestellt worden. Heute konstatieren wir eine Aufmerksamkeit an den Vorgängen in diesem 9000 km entfernten Land, die in Teilen der Bevölkerung selbst das Interesse an unseren unmittelbaren Grenznachbarn zu übertreffen scheint – von anderen mit Nicaragua in mancherlei Hinsicht durchaus vergleichbaren „Dritte-Welt-Ländern“ einmal ganz abgesehen.

Interesse und Engagement in diesen Diskussionen sind oft emotional geprägt, die Gespräche nehmen den Charakter politischer Glaubensbekenntnisse an. In Einzelfällen läßt politisches Wunschdenken das Wahrnehmungsvermögen verkümmern. Um so mehr tut sachliche Information not.

### **Somozistische Repression und revolutionärer Neubeginn**

Nicaraguas Geschichte war über Jahrzehnte bestimmt durch die Unterdrückung und Ausbeutung der Somoza-Diktatur. Zur Realität der nicaraguanischen Geschichte gehören aber auch die US-amerikanische Besetzung des Landes, Interventionen, politische und ökonomische Abhängigkeit.

Die Opposition gegen den Diktator Anastasio (II.) Somoza gewann seit den frühen 70er Jahren stärkeres Gewicht, als sich die Wirtschaftslage verschlechterte und das Regime die Repression verschärfte. Nach einem verheerenden Erdbeben unterschlug das Regime 1972/73 internationale Hilfsgüter im Wert von vielen Millionen Dollar. Wirtschaftlicher und politischer Machtmißbrauch sowie schwere Menschenrechtsverletzungen nahmen immer mehr zu. Im Januar 1978 fiel der gemäßigte Oppositionspolitiker Pedro Joaquim Chamorro, Chefredakteur der regimekritischen Tageszeitung ‚La Prensa‘, einem Anschlag zum Opfer. Dieses Verbrechen wurde zum Fanal für einen Volksaufstand. Christlich-Soziale beteiligten sich daran ebenso wie Liberale, Konservative oder Sozialisten. Die Führung im Bürgerkrieg gegen die Nationalgarde Somozas übernahm die Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN), eine Guerillaorganisation, die Anfang der 60er Jahre aus dem Zusammenschluß einer antiimperialistisch-neutralistischen Gruppe unter Eden Pastora mit einer marxisti-

stischen Gruppe hervorgegangen war, zu deren Führern Tomas Borge gehörte.

Nach Jahren des blutigen Bürgerkriegs schien am 19. Juli 1979 der Augenblick der Erlösung für Nicaragua gekommen: Somoza hatte sich ins Ausland abgesetzt – er wurde später in Paraguay ermordet –, und die Sandinisten zogen als strahlende Sieger in Managua, der Hauptstadt Nicaraguas, ein. Der Bürgerkrieg hinterließ große materielle Schäden, vor allem aber hatte er 40 000 Menschenleben gefordert<sup>1)</sup>.

Die „Junta des nationalen Wiederaufbaus“, die erste Staatsführung der Nachkriegszeit, stand vor schweren Aufgaben. Neben drei Sandinisten, darunter Daniel Ortega, der seine Ausbildung in Kuba und der Sowjetunion erhalten hatte, gehörten ihr Alfonso Robelo, Führer des sozialdemokratisch orientierten Movimiento Democrático Nacaragüense (MDN) und die Witwe Chamorros an, Violetta, die den Christlich-Sozialen nahestand. Basis der Regierungsarbeit sollte ein im costaricanischen Exil vereinbartes Koalitionsprogramm sein, das auf drei Elementen beruhte: (1) der Schaffung eines pluralistischen Staatswesens und (2) eines „gemischten“ Wirtschaftssystems sowie (3) außenpolitischer Blockfreiheit. Neben die Junta trat ein Kabinett, dem u. a. Ernesto Cardenal angehörte, der prominenteste jener Priester, die sich für die FSLN einsetzten. Die zentrale politische Macht lag freilich bei den neun Comandantes der FSLN, die staatliche Funktionen und hohe Parteiämter mit dem Befehl über Guerillaeinheiten verbanden. Das gilt etwa für Daniel Ortega oder Tomas Borge, der zugleich Innenminister wurde.

Hier deutete sich bereits an, wie konsequent die Sandinisten die Macht ergriffen: Sie sicherten sich das Innenministerium und damit Polizei und Geheimdienst, ferner den bestimmenden Einfluß über die Jugend- und Kulturarbeit sowie das Monopol über den staatlichen Medienbereich. Die Gleichschaltung bzw. Ausschaltung zahlreicher privater Rundfunkstationen folgte wenig später. Diese für die weitere Entwicklung Nicaraguas zentralen Entscheidungen waren bereits gefallen, als die Bevölkerung noch in den Straßen Managuas den Sieg über die Somoza-Diktatur bejubelte. Im September 1979 trat an die Stelle der aufgelösten Nationalgarde das „Sandinistische Volksheer“, so daß die bewaffnete Macht im Staate zum Instrument einer politischen Partei wurde, der FSLN.

Die innenpolitische Entwicklung stieß außerhalb Nicaraguas nur auf verhaltene Kritik. Die Weltöffentlichkeit, die den Sturz der Diktatur mit großer Sympathie verfolgt hatte, identifizierte die nicaraguanische Revolution mit den Sandinisten und ließ sich von Erklärungen täuschen, bestimmte Ereignisse, die rechtsstaatlichen und demokratischen Vorstellungen widersprachen, seien mit Anfangsschwierigkeiten der Regierung zu erklären. Ähnliche Erklärungen fand man auch für die außenpolitische Orientierung. Tatsächlich ist aber schon für August 1979 nachzuweisen,

daß kubanische „Berater“ Schlüsselfunktionen in Nicaragua besetzt hatten. Schon zwei Monate nach der Revolution stimmte Nicaragua mit dem Sowjetblock, als es in der UNO um die vietnamesische Aggression gegen Kambodscha ging; noch weniger konnte sich die sandinistische Regierung zu einer Verurteilung des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan entschließen.

Wie sehr sich die Sandinisten schon unmittelbar nach der Revolution dem sowjetischen Kurs annäherten, belegt auch das offizielle FSLN-Organ ‚Barricada‘. Das Blatt feierte schon 1979 aus Anlaß des Jahrestages die „siegreiche sozialistische Sowjetrevolution“ als „die unsere“ und sprach von der „Pseudoideologie“ des Pluralismus. Ganze vier Monate nach dem Sturz Somozas wurde damit eines der drei Revolutionsprinzipien für hinfällig erklärt. Den Worten folgten Taten: Da die Sandinisten im Staatsrat, einer Art Ersatzparlament, keine Mehrheit hatten, erhöhten sie kurzerhand die Zahl der Sitze und besetzten die neugeschaffenen Mandate mit ihren Leuten.

Angesichts dieser Entwicklung konnte es nicht überraschen, daß die erste Junta im Frühjahr 1980 auseinanderbrach. Violetta Chamorro und Alfonso Robelo hatten sich vergeblich bemüht, mäßigenden Einfluß auf die Außen-, Sicherheits- und Innenpolitik zu nehmen. Ebenso wenig konnte sie die massive Militarisierung verhindern oder die Verstaatlichung von Banken, Außenhandel und Vertriebsketten wenigstens verzögern. Mit Rücksicht auf das westliche Ausland, dessen finanzielle Hilfe unverzichtbar war, ernannten die Sandinisten demokratische Nachfolger: den Anwalt Rafael Córdoba und Arturo Cruz, bis dahin Nationalbankpräsident. Bereits nach einem Jahr resignierte Cruz; er verließ die Junta, wurde Botschafter in Washington und brach noch 1981 mit den Sandinisten.

Die machtpolitischen Entscheidungen des Jahres 1980 wurden überlagert durch eine Alphabetisierungskampagne, mit der die Sandinisten eines der zentralen Probleme vieler „Dritte-Welt-Länder“ aufzugreifen schienen. Die Koordination übertrugen sie dem Jesuitenpater Fernando Cardenal, einem Bruder Ernesto Cardenals. Während besonders im westlichen Ausland die Alphabetisierungskampagne als erneuter Beweis für den positiven Charakter der nicaraguanischen Revolution gewertet wurde, umriß FSLN-Kommandant Omar Cadezas die Prioritäten: Es gehe in erster Linie darum, die Revolution zu konsolidieren sowie zweitens Bauern, Arbeiter und Jugendliche zu organisieren. Drittens schließlich solle die Bevölkerung alphabetisiert werden. Tatsächlich war es das zentrale Ziel der Kampagne, die sandinistische Ideologie bis in das letzte Dorf Nicaraguas zu tragen und die Einwohner in sandinistischen Massenorganisationen zu erfassen. Unter den mehr als 100 000 Aktivisten der Kampagne, vor allem Schüler und Studenten, befanden sich auch 2000 kubanische Lehrer; kubanischem Vorbild folgten die meisten Lehrmittel.

## Kirche und Revolution

Zur katholischen Kirche bekennen sich etwa 85 Prozent der Bevölkerung Nicaraguas, und ihre Bindung an Glaube und Kirche ist weit tiefer als in anderen Ländern der Region. Eine entsprechend große Bedeutung hat die Kirche im Land, zumal ihre führenden Persönlichkeiten und im besonderen der Erzbischof von Managua, Obando y Bravo, durch ihr Eintreten für die Menschenrechte und ihre Kritik an der Somoza-Diktatur zu deren Überwindung wesentlich beigetragen hatten. Dieser historischen Leistung der Kirche und der kirchlichen Hierarchie hatten die Sandinisten nach der Revolution zunächst nicht die Anerkennung versagt. Die Bischöfe verdeutlichten ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der neuen Regierung in einem gemeinsamen Hirtenbrief vom 17. November 1979<sup>2</sup>). Bereits in diesem Hirtenbrief aber mußten sie Versuche der FSLN zurückweisen, den revolutionären Staat mit dem Reich Gottes gleichzusetzen und die Kirche „sandinistisch“ gleichzuschalten.

Die Sandinisten antworteten mit einer Doppelstrategie: Einerseits suchten sie die Bischöfe mit Bekundungen äußersten Wohlwollens und Respekts für sich einzunehmen, andererseits suchten sie die Kirche durch den Aufbau einer „Iglesia Popular“, einer „Volkskirche“, zu spalten. Diese „Volkskirche“ war im sandinistischen Regierungsapparat mit mehreren Priestern vertreten, vor allem mit Fernando und Ernesto Cardenal. Pikanterweise in der DDR umriß Ernesto Cardenal seine theologische Position: Er gehöre zu jenen Christen Lateinamerikas, die sich zugleich als Marxisten verstünden. „Wir sehen in der Auferstehung beispielsweise keinen individuellen, sondern einen kollektiven Akt, der mit der Befreiung aller Menschen identisch ist“. Das Reich Gottes verstehe er „als die vollendete humanistische Gesellschaft“<sup>3</sup>).

Die „Volkskirche“ wurde – und wird – finanziell und propagandistisch massiv aus dem Ausland unterstützt, nicht zuletzt aus der Bundesrepublik Deutschland. Dennoch gelang es ihr nie, einen nennenswerten Teil des Klerus und erst recht nicht der Gläubigen in Nicaragua für sich zu gewinnen. Tatsächlich war und ist die „Volkskirche“ eine Angelegenheit von Intellektuellen, die meist ausländischer Herkunft sind oder im Ausland studiert haben. Sie engagieren sich weniger in pastoraler Basisarbeit als in Zeitschriften, Organisationen und Institutionen, wie etwa dem ökumenischen Zentrum „Antonio Valdivieso“. Angesichts der theologischen Positionen und des mangelnden Erfolges stellte Erzbischof Obando fest, die „Volkskirche“ sei „ni iglesia, ni popular“ („weder Kirche noch Volk“).

Der nicaraguanische Episkopat konnte es auf Dauer nicht hinnehmen, daß die „Priesterminister“ dem sandinistischen Regime als Aushängeschild dienten, während die tatsächliche Regierungspolitik immer deutli-

cher auf einen kirchenfeindlichen Kurs ging, für den die Schulpolitik nur ein Beispiel war. In Übereinstimmung mit den kirchenrechtlichen Bestimmungen forderten die Bischöfe daher die „Priesterminister“ im Mai 1980 zum ersten Mal auf, sich von den politischen Ämtern zurückzuziehen und sich ganz ihren kirchlichen Aufgaben zuzuwenden. Die Reaktion war negativ: Soweit diese Priester ihr Amt nicht ohnehin nur aus politisch-taktischen Gründen beibehalten hatten, vertraten sie radikale befreiungstheologische Positionen und sahen in der politischen Betätigung geradezu die Konsequenz ihres Priesteramtes.

Trotz der von den Bischöfen beklagten „Indoktrination“ der Sandinisten und ihrer atheistischen Proselytenmacherei bestimmte in Westeuropa und Nordamerika eine noch weithin euphorisch geprägte Sicht das Bild des sandinistischen Nicaragua. Dom Helder Camara, Erzbischof von Olinda e Recife in Brasilien, dagegen sah wie seine nicaraguanischen Amtsbrüder die Gefahr, daß die Sandinisten „in den Totalitarismus fallen“ würden: „Das Leiden unseres geliebten Nicaragua ist noch nicht beendet.“<sup>(4)</sup>

Im Sommer 1981 verpflichteten sich die „Priesterminister“, bis zur Niederlegung ihrer politischen Ämter öffentlich nicht mehr als Priester tätig zu werden. Zu einer Entspannung kam es jedoch nicht, denn schon wenige Monate später führte die Politik der Sandinisten zu neuen Konflikten mit der Kirche. Die Bischöfe, die unter Somoza massiv gegen Menschenrechtsverletzungen protestiert und deren Opfern in vielfältiger Weise geholfen hatten, konnten nicht schweigen, als sie nun Kenntnis von schweren Menschenrechtsverletzungen der Sandinisten erhielten. Erzbischof Obando hatte schon unmittelbar nach der Revolution zur Versöhnung gemahnt; unter anderem war es damals zu etwa 2000 extralegalen Hinrichtungen gekommen. Gleichwohl hat sich die Legende von der „Revolution ohne Rache“ international verbreitet. Zahlreiche Menschen „verschwanden“, ein Phänomen, das vor allem aus Argentinien bekannt war. Auch in Nicaragua kam eine Liste mit mehreren hundert Namen zusammen. Schließlich gab es Nachrichten, die von einem sandinistischen Genozid an der kleinen indianischen Minderheit des Landes sprachen. Da die Indio-Völker der Miskitos, Sumus und Ramas fast isoliert an der Atlantikküste siedelten, hatten sie ihre kulturelle Identität weitgehend wahren können und sich lediglich im 19. Jahrhundert der Missionierung durch die Herrenhuter Bürgergemeinde geöffnet. Mit äußerst fragwürdigen Methoden versuchten nun die Sandinisten, die Indiogemeinschaften ideologisch gleichzuschalten, u. a. mit „Umsiedlungsaktionen“, denen mehrere hundert Menschen zum Opfer fielen<sup>(5)</sup>.

Die Indios fanden Fürsprecher nur in den katholischen Bischöfen; mit ihrer Parteinahme für die Entrechteten nahmen die Bischöfe zum ersten Mal überhaupt offen und öffentlich gegen die Regierung Stellung. Das Regime freilich verbot dem katholischen Rundfunksender die Berichter-

stattung über die geschilderten Vorgänge, so wie es die einzige Oppositionszeitung ‚La Prensa‘ durch Zensur und Erscheinungsverbote mundtot zu machen suchte.

### **Der neue Bürgerkrieg**

Zehntausende Indios flohen nach Honduras, wo sich viele dem bewaffneten Widerstand gegen die Sandinisten anschlossen. Dieser Widerstand rekrutierte sich aus ganz verschiedenen Bevölkerungsgruppen: Nicaraguaner, die von Menschenrechtsverletzungen betroffen waren, Demokraten, die sich angesichts der ursprünglichen Revolutionsversprechen von der Politik der FSLN betrogen sahen, nicht zuletzt enttäuschte Sandinisten selbst. In der Fuerza Democrática Nicaragüense (FDN, Demokratische Nicaraguanische Kraft), die im Norden Nicaraguas und von Honduras aus gegen das Regime in Managua kämpfte, fanden sich auch ehemalige Mitglieder der Nationalgarde Somozas. Angesichts drakonischer Bestrafungen auch solcher ehemaliger Nationalgardisten, denen keine Verbrechen nachgewiesen wurden – so erhielt ein Koch der Nationalgarde für diesen Hilfsdienst 18 Jahre Zuchthaus<sup>6</sup>) – hatten sie nicht die Möglichkeit, in ihre Heimat zurückzukehren und sich gesellschaftlich zu reintegrieren. Im Süden Nicaraguas und von Costa Rica aus kämpfte die Alianza Revolucionaria Democrática (ARDE, Demokratische Revolutionäre Allianz) unter Führung von Eden Pastora. Der populärste sandinistische Guerilla-Führer hatte sich von den in Managua herrschenden Compañeros losgesagt, weil diese nach seiner Überzeugung die ursprünglichen Ziele der Revolution verraten hatten, u. a. durch die immer stärkere Anlehnung an Kuba und den Ostblock. Pastora lehnte aber auch die FDN ab, weil sie sich durch finanzielle Unterstützung der USA in deren Abhängigkeit begeben habe.

Der bewaffnete Widerstand konnte sich weder politisch einigen noch die militärischen Operationen koordinieren, und auch die jüngsten Meldungen über eine grundsätzliche Verständigung sind wohl eher mit Skepsis aufzunehmen. Trotz nachhaltiger Unterstützung vor allem der Landbevölkerung gelang es dem Widerstand nicht, das Regime in Managua entscheidend zu schwächen. Die Unterstützung der USA kam nur zögernd, während die Sandinisten mit östlicher Hilfe in kaum vorstellbarer Weise aufrüsteten und ihre Armee zu einer Bedrohung für die gesamte zentralamerikanische Region machten: Nicaragua dürfte inzwischen 70 000 Soldaten und 150 000 Milizionäre unter Waffen haben<sup>7</sup>). Das benachbarte El Salvador befindet sich in der militärischen Auseinandersetzung mit einer von Nicaragua massiv unterstützten Guerilla, Honduras hat etwa 25 000 Soldaten, Costa Rica, der südliche Nachbar, hat schon vor



35 Jahren einseitig abgerüstet. Angesichts der militärischen Überlegenheit Nicaraguas sind diese Nachbarn unter Zurückstellung historischer Spannungen politisch eng zusammengedrückt, und das sozialdemokratisch regierte Costa Rica hat dabei eine führende Rolle als Kritiker Nicaraguas übernommen.

Die Aktivitäten der FDN und der ARDE sowie eine angeblich unmittelbar bevorstehende US-Invasion – diese Schreckensvision präsentierte das Regime dem nicaraguanischen Volk inzwischen dutzendfach – lieferten den Vorwand dafür, daß im März 1982 der Ausnahmezustand verhängt wurde. Die verfassungsmäßigen Rechte sollten für 30 Tage aufgehoben werden. Wie viele Beobachter bereits damals vermuteten, erfolgte die Verlängerung regelmäßig.

### **Papstbesuch, Wehrpflicht und Versorgungslage: Die Krise spitzt sich zu**

Als Papst Johannes Paul II. Ende Juni 1982 die Kirche in Nicaragua zur Einheit mahnte und unmißverständlich vor der sogenannten „Volkskirche“ warnte, wurde die Verbreitung des Textes zunächst verboten. In- und ausländischer Druck erreichte später die Aufhebung dieser Zensurmaßnahme, aber der von DDR-Beratern unterstützte Staatssicherheitsdienst revanchierte sich auf besondere Art: Pater Bismarck Carballo, ein enger Vertrauter Obandos und auch sein offizieller Sprecher, wurde unter einem Vorwand in ein Privathaus gelockt, dort mit Waffengewalt gezwungen sich zu entkleiden und als angeblich in flagranti ertappter Ehebrecher unbekleidet vor die „zufällig“ bereitstehenden Kameras des sandinistischen Fernsehens gejagt. Die Bevölkerung reagierte mit Empörung auf das durchsichtige Unternehmen.

Die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Regime spitzte sich beim Besuch des Papstes in Nicaragua im März 1983 weiter zu. Papst Johannes Paul II. mußte die Messe vor riesigen sandinistischen Propagandaplakaten feiern. In den ersten Reihen der rund eine halbe Million Menschen zählenden Menge hatten sandinistische Aktivisten Platz genommen, die den Papst an ihnen mißliebigen Stellen der Predigt mit Rufen wie „Volkskirche“ und – an die sandinistischen Comandantes gerichtet – „Führung befehl“ unterbrachen. Der Korrespondent der ‚Süddeutschen Zeitung‘ berichtete später, der Priester Ernesto Cardenal habe während der Wandlung die Faust hochgestoßen „und mit den fanatisierten Blocks der Sandinisten dem Pontifex Maximus das marxistisch getönte ‚poder popular‘“ („Volksmacht“) entgegengeschrien<sup>8</sup>). Aber der Versuch, den Papst und die Kirche zu diskreditieren, endete erneut mit einem Fiasko für die Sandinisten: Als sie am Ende der Messe die Parteihymne anstimmten, verließen Hunderttausende schlagartig den Platz, ein Plebiszit besonderer Art.

Nur wenige Monate nach der skandalösen Behandlung des Papstes kam es zu einer neuen schweren Belastungsprobe für das Verhältnis von Kirche und Regime. Da der bewaffnete Widerstand in einigen Gebieten Nicaraguas erfolgreich war, das Regime aber die sandinistische Volksarmee zur Sicherung der eigenen Herrschaft benötigte, wurde im Oktober 1983 die zweijährige Wehrpflicht eingeführt. So konnten personelle Lücken geschlossen und gleichzeitig die ideologische Schulung der Jugend vorangetrieben werden; gerade an diesem Ziel ließ der entsprechende Gesetzestext keinen Zweifel. Er definierte den „patriotischen Militärdienst“ als Verpflichtung aller Nicaraguaner, die „sandinistische Volksrevolution mit den Waffen zu verteidigen“.

Das Sekretariat der Bischofskonferenz folgerte, die Armee solle zu einem obligatorischen „Zentrum politischer Schulung zugunsten der sandinistischen Partei“ werden; angesichts ideologischer Manipulation dürfe niemand bestraft werden, der seinen Militärdienst aus Gewissensgründen verweigere. In der Folge wurden ganze Schulklassen eingezogen, Wehrpflichtige bei Razzien in Kinos und Diskotheken dingfest gemacht, wobei auch manche Fünfzehn-, ja Vierzehnjährige zu den Waffen gezwungen wurden. Die „Neue Zürcher Zeitung“<sup>9)</sup> sprach von „Verschleppungsaktionen der Rekrutensucher“; „des öfteren“ seien junge Männer, die sich ihnen zu entziehen suchten, „kurzerhand erschossen“ worden. Mit mangelhafter Ausbildung wurden die Wehrpflichtigen in den militärischen Einsatz geschickt; in Einzelfällen lagen zwischen Einberufung und Beisetzung in den Heimatdörfern nicht einmal drei Wochen. Wie vor ihnen schon zahlreiche Fachkräfte aus nahezu allen Berufszweigen suchten nun auch viele Wehrpflichtige ihre Zukunft außerhalb Nicaraguas, andere schlossen sich dem bewaffneten Widerstand an, für dessen Ziele sie eher zu kämpfen bereit waren als für das sandinistische Regime.

Die neuen Machthaber ließen es sich unterdessen gutgehen. Sie hatten längst die Villen der ehemaligen Somoza-Clique bezogen, eine Tatsache, deren Erwähnung in der europäischen „Nicaragua-Szene“ zu hilflos-wütenden Protesten führt. „Der Spiegel“<sup>10)</sup> konstatierte „todschicke Comandantes“ in „maßgeschneiderten Uniformen“. Die Bevölkerung hatte dagegen zunehmend mit Versorgungsengpässen zu kämpfen. Die Regierung räumte ein, 67,8% aller nicaraguanischen Kinder litten an Unterernährung, begründete und rechtfertigte aber die Schwierigkeiten mit dem Erbe Somozas, der Nicaragua hoch verschuldete, und mit dem neuen Bürgerkrieg gegen die „Contras“.

So einfach lagen die Dinge allerdings nicht. Die Sandinisten verdoppelten nämlich zwischen 1979 und 1983 die Auslandsschulden auf 4 Milliarden Dollar – trotz einer Wirtschaftshilfe von über 1,5 Milliarden Dollar, die fast ausschließlich aus Westeuropa und den USA kamen, womit auch die Behauptung widerlegt ist, die Sandinisten hätten sich wegen fehlender

westlicher Hilfe an den Osten halten müssen. Nicaragua gehörte Anfang der 80er Jahre zu den Ländern mit der höchsten Pro-Kopf-Entwicklungshilfe. Gleichwohl verschlechterte – und verschlechtert – sich die Lage ständig. Hauptursachen sind eine wuchernde Bürokratisierung und politische Vetternwirtschaft, die Einführung planwirtschaftlicher Elemente nach östlichem Vorbild mit ähnlich negativen Folgen für die Produktion, die Abwanderung von Fachkräften und die Lähmung privater Initiativen, besonders aber eine kaum vorstellbare Militarisierung, die Zehntausende Nicaraguaner unproduktiv beschäftigt. Schon bis 1983 zahlten die Sandinisten für Waffenkäufe über 500 Millionen Dollar, vor allem an den Ostblock. Militarisierung und Aufrüstung setzten bereits 1979/80 ein, womit auch die Mär widerlegt ist, es habe sich um Verteidigungsmaßnahmen gegen die „Contras“ gehandelt – die gab es damals noch nicht. Die UdSSR, Kuba und ihre übrigen Satelliten leisteten Entwicklungshilfe in Form von Militär- und Geheimdienstfachleuten, und nach kubanischem Vorbild wurden „Comités de Defensa Sandinista“ (CDS) aufgebaut, ein „Blockwartssystem“ („Die Zeit“<sup>11</sup>), das Aktivitäten und Gesinnung der Bürger überwacht. Vom Votum der CDS hängt die Vergabe von Arbeitsplätzen und – seit Ausbruch der Versorgungskrise – von Lebensmittelkarten ab.

Für den durchschnittlichen Nicaraguaner wirkte sich die sandinistische Politik bedrückend aus: Die Arbeitslosenquote erreichte Mitte 1984 38%, die Inflationsrate 100%. In den ersten fünf Jahren nach der Revolution waren die Preise um bis zu 400% gestiegen, die Löhne dagegen eingefroren. Für ein Paar Jeans mußte der durchschnittliche Lohnempfänger fast vier Monatslöhne aufwenden, für eine Tube Zahncreme einen Monatslohn, für eine Rolle Toilettenpapier fast einen Tageslohn – soweit diese Produkte verfügbar waren. Die neue „Elite“ freilich genoß das Privileg, nach Ostblockvorbild in Spezialläden mit westlichem Warenangebot einkaufen zu können; fensterlose Fassaden verwehrten neugierige Einblicke.

## **Demokratie in Nicaragua?**

Zu der Enttäuschung über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung – so hatte das Regime zwar die Somoza-Güter verstaatlicht und insofern die versprochene „Landreform“ durchgeführt, aber die Campesinos hatten keine frei verfügbaren Titel an Grund und Boden erhalten – kamen für die Nicaraguaner die politischen Enttäuschungen. Den versprochenen freien Wahlen wichen die Sandinisten nach der Revolution immer wieder mit der Begründung aus, man habe zunächst Wichtigeres zu tun als zu

wählen, bis schließlich die sandinistischen Machtstrukturen gesichert waren.

Daß es im Februar 1984 endlich zur Festlegung eines Wahltermins kam, war ausschließlich auf den Druck zurückzuführen, dem sich das Regime durch die „Contras“ und die wachsende internationale Kritik, vor allem in lateinamerikanischen Ländern, ausgesetzt sah. Der sozialdemokratische Ex-Präsident von Costa Rica, Daniel Oduber, während seiner Amtszeit ein wichtiger Förderer der Sandinisten im Kampf gegen Somoza, erklärte, „nur eine wirkliche und effektive demokratische Öffnung Nicaraguas“ könne „den um sich greifenden Krieg im Mittelamerika stoppen“<sup>(12)</sup>. Die Sandinisten fügten sich scheinbar, aber sie suchten den Wahlprozeß so zu gestalten, daß das Risiko einer Machtteilung oder gar eines Machtverlustes ausgeschlossen war. Es ging ihnen um eine „volksdemokratische“ Akklamation des Regimes. Ein neues Parteiengesetz schloß alle Parteien aus, die die sandinistischen Errungenschaften und Strukturen in Frage stellten. Dennoch suchten die in der Coordinadora Democrática zusammengeschlossenen demokratischen Parteien – christlich-soziale, sozialdemokratische und liberale – eine Möglichkeit zur Beteiligung. Sie formulierten aber eine Reihe von Voraussetzungen, zu denen nicht nur die von den Sandinisten zugestandene partielle Aufhebung des Ausnahmezustandes gehörte, sondern seine vollständige, sowie die Herstellung von Chancengleichheit für alle Parteien. Dies zielte u. a. auf die Beseitigung des sandinistischen Monopols in den staatlichen Medien.

Die Sandinisten lehnten alle Forderungen ab, die einem pluralistischen Demokratieverständnis entsprachen. Daraufhin zog sich die Coordinadora Democrática, die mit Arturo Cruz ein ehemaliges Junta-Mitglied als attraktiven Spitzenkandidaten aufgestellt hatte, von den Wahlen zurück. Sie fanden praktisch ohne Beteiligung demokratischer Parteien am 4. November 1984 statt. Angesichts dieser Vorgeschichte geht die Frage, ob der Wahlvorgang korrekt verlaufen ist – was besonders von westdeutschen Sympathisanten der Sandinisten beteuert wird – an der Sache vorbei. Daniel Ortega wurde Präsident, Sergio Ramirez Vizepräsident, und bei den gleichzeitigen Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung erreichte die FSLN eine überwältigende Mehrheit. Meinungsumfragen unter der Bevölkerung hatte das Regime vorsichtshalber schon lange vor den Wahlen verboten.

### **Sandinisten und nationale Versöhnung**

Die Bischöfe hatten schon im Frühjahr 1984 in einem gemeinsamen Hirtenbrief zum Frieden aufgerufen, zu einem nationalen Dialog aller Parteien und Gruppierungen unter Einschluß der bewaffneten Opposi-

tion. Gleichzeitig mahnten sie erneut das Recht auf freie Meinungsäußerung für alle an und forderten, die atheistische Ideologisierung der Jugend müsse ein Ende finden. Schließlich wandten sich die Bischöfe gegen die Präsenz ausländischer Mächte in Nicaragua, „die von unserer Situation für ihre eigenen ökonomischen und ideologischen Ziele profitieren“.

Der Gedanke an einen nationalen Dialog war für das Regime ein „verbrecherischer Anschlag“ (Tomas Borge), und die Sandinisten reagierten ähnlich wie im Fall des Paters Bismarck Carballo. Da sie es nicht wagen konnten, direkt gegen die Bischöfe vorzugehen, wurde ein für die Pastoralarbeit der Erzdiözese Managua besonders wichtiger Geistlicher, Pater Amado Peña, zum Mittelpunkt einer neuen Geheimdienstintrige. Der Geheimdienst filmte ihn, als er angeblich Waffen für den Widerstand übernahm. Erzbischof Obando und einige Priester solidarisierten sich mit Peña, woraufhin zehn Priester des Landes verwiesen wurden. Rechtliches Gehör erhielten sie nicht, internationale Proteste blieben erfolglos. Gleichzeitig kam es zu neuen Attacken der „Turbas Divinas“, der „Göttlichen Horden“, einer sandinistischen Schlägertruppe, die systematisch oppositionelle Politiker, Gewerkschafter, Unternehmer, Menschenrechtsvertreter und mißliebige Persönlichkeiten der Kirche bedrohte. Die Bischöfe reagierten auf die neuen Angriffe mit der Feststellung: „Wir leben in einer Kirchenverfolgung“.

Mit der Berufung der „Priesterminister“ in das neue Kabinett – ihre kirchliche Suspendierung folgte umgehend – zeigten die Sandinisten, daß sie nicht gewillt waren, der Kirche irgendeinen Spielraum zu lassen, schon gar nicht den Bischöfen eine Vermittlerrolle in der nicaraguanischen Krise zu gestatten. Angesichts dieser Nachstellungen kam es zu einer internationalen Solidarisierung mit der Kirche und den Bischöfen. Papst Johannes Paul II. stärkte die Ortskirche, indem er Erzbischof Obando im April 1985 zum ersten Kardinal der Geschichte Nicaraguas ernannte.

Wie wenig den Sandinisten an einer friedlichen Bewältigung der Probleme ihres leidgeprüften Landes lag, zeigten sie auch gegenüber der Contadora-Initiative. Die Bemühungen der Regierungen von Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Panama um eine regionale Friedensregelung scheiterten an der Weigerung der Sandinisten, einer effektiven Kontrolle der Rüstung und des demokratischen Prozesses auch in ihrem Lande zuzustimmen. Es kennzeichnet die sandinistische Politik, daß Daniel Ortega im April 1985, einen Tag, nachdem der amerikanische Kongreß weitere Finanzmittel für den antisandinistischen Widerstand abgelehnt hatte, in die UdSSR reiste und dort mehrere Kooperationsverträge unterzeichnete. Damit provozierte er geradezu das in seiner Wirkung sicher fragwürdige Handelsembargo der USA. Vor allem aber löste Ortega einen Stimmungswandel aus, der sich seitdem in den USA zugunsten der Reagan'schen Nicaraguapolitik bemerkbar macht.

In Nicaragua drehte das Regime weiter an der Repressionsschraube. Als in Managua im Oktober 1985 die erste Ausgabe einer Kirchenzeitung ‚Iglesia‘ (‚Kirche‘) erscheinen sollte, ließ das Regime die Mitarbeiter verhaften und machte durch administrative Maßnahmen das weitere Erscheinen unmöglich. Der Weltkirchenrat freilich, der bereits früher durch seine einäugige Sicht der Zentralamerikaprobleme hervorgetreten war, übernahm kritiklos die Lesart der Sandinisten und verbreitete sie international – ein Vorgang, der zu einer schweren Belastung des ökumenischen Klimas über Nicaragua hinaus werden könnte.

Unmittelbar nach dem Verbot der Kirchenzeitung verkündete das Regime den „Notstand“ und setzte erneut – gleich für ein ganzes Jahr – die Grundrechte außer Kraft, einschließlich der Habeas-corporus-Akte, die auch in Nicaragua gültig ist und die es untersagt, Menschen ohne richterlichen Haftbefehl zu verhaften oder in Haft zu halten. Ortega machte die neue Zielsetzung deutlich: „Gewisse Sektoren der katholischen Kirche“ seien „Feinde der Revolution“ und den „Contras“ zuzurechnen. Die kaum kaschierte Attacke galt den Bischöfen, die sich mit ihrer Forderung nach Versöhnung und einem nationalen Dialog „staatsfeindlich“ (Tomas Borge) verhalten hätten. In manchen Orten wurde es den Menschen sogar verboten, Kardinal Obando anlässlich seiner Pastoralreisen auf den Straßen zu begrüßen – überwältigende Sympathiebekundungen für den Kardinal sind den Regierenden unerträglich. Die ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung‘ folgerte zutreffend, das sandinistische Regime bringe es „nicht länger“ fertig, „seine Maske aufzubehalten“<sup>13</sup>).

### **Nicaraguanische Realität und deutsche Reaktion**

Politischer Pluralismus, Blockfreiheit und ein gemischtes Wirtschaftssystem, das sollten die Revolutionsprinzipien sein, die während der Somoza-Diktatur von den verschiedenen Oppositionsgruppen, Sandinisten, Christdemokraten, Sozialdemokraten und anderen, vereinbart worden waren. Nach mehr als sechs Jahren sandinistischer Herrschaft ist davon fast nichts geblieben. Die FSLN ist de facto Staatspartei und in kurzer Zeit war ein „monströser Unterbau von Volksarmee, Volkspolizei, Staatssicherheitsdienst nach östlichem Vorbild, mit Revolutionskomitees, Massenorganisationen“ errichtet (‚Süddeutsche Zeitung‘). Für dieses System der neuen Unfreiheit stehen Namen wie Daniel und Humberto Ortega oder Tomas Borge. Ihre Ideologie ist der Marxismus-Leninismus, und sie haben das oft genug selbst zum Ausdruck gebracht<sup>14</sup>).

Die nicaraguanische Realität ist in der Bundesrepublik Deutschland nur unzureichend bekannt. Daß dies so ist, hängt auch mit den propagandisti-

schen Nebelbomben zusammen, die von Männern wie Günter Grass, Norbert Greinacher und – leider auch – Franz Alt geworfen werden<sup>15</sup>). Die Fakten würden für sie den Abschied von einem revolutionären Traum bedeuten. Sie sind mitverantwortlich für die Irreführung vieler vor allem junger Menschen, die sich in häufig ernstzunehmendem persönlichem Engagement in parteipolitischen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Gruppen für das einsetzen, was sie für die nicaraguanische Realität halten. Teilweise überschneiden sich diese Gruppen mit jenen fast hundert Solidaritätskomitees in der Bundesrepublik, die Nicaragua-Besucher als „authentische“ Berichterstatter herumreichen und mit dem Verkauf von „Kaffee aus Nicaragua“ etwas für die armen Campesinos' und gegen den US-Imperialismus zu tun vorgeben. Hunderte von westdeutschen Jugendlichen sind inzwischen zu Ernteeinsätzen in Nicaragua gewesen, haben dort in Dörfern gelebt und gearbeitet. Angesichts der Tatsache, daß die Nicaraguaner in der Vergangenheit größere Ernteerträge ohne Not bewältigen konnten, handelt es sich hier wohl eher um eine alternative Sonderentwicklung der deutschen Jugendbewegung, die von den Sandinisten zur Überwindung eigenen Mißmanagements benötigt wird. Auch etabliertere Persönlichkeiten beteiligen sich am Revolutionstourismus, nicht zuletzt „68er-Veteranen“. Zu oft werden auf das sandinistische Nicaragua eigene Wunschvorstellungen projiziert, und die ideologische Blindheit nimmt bisweilen kriminelle Formen an: Als die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte in Bonn mit einer Ausstellung über Menschenrechtsverletzungen der Sandinisten, über Folter und Mord berichten wollte, überklebten Sympathisanten der „Nicaragua-Szene“ eilends die Informationsplakate.

Einseitigkeit und Fehlinformation zeigen auch auf politischer Ebene konkrete Folgen: Eine ganze Reihe von westdeutschen Kommunalparlamenten hat „Städtepartnerschaften“ mit nicaraguanischen Städten beschlossen, so Hamburg, Bremen und Nürnberg, aber auch kleinere Städte wie Dietzenbach. Sozialdemokraten und Grüne wollen so die Entscheidung der Bundesregierung konterkarieren, das Regime in Nicaragua nicht mit staatlichen Entwicklungshilfemitteln zu stabilisieren. Befürworter dieser „Städtepartnerschaften“ übersehen, daß es in Nicaragua demokratisch gewählte Bürgervertretungen nicht gibt. So ist der Partner die marxistisch-leninistisch geführte FSLN, die auch die Verteilung der aus Deutschland kommenden Hilfsgüter übernimmt.

Nicaragua hat sich 1979 einer Diktatur entledigt, und die Sympathien der freien Welt waren diesem Land sicher. Sympathien und Hilfsbereitschaft wurden indes von einem neuen diktatorischen System mißbraucht, das heute der eigenen Bevölkerung die Grundfreiheiten vorenthält: der einzige Weg für die Sandinisten, ihre Macht zu erhalten. Ihren Sympathisanten muß eine Frage von Octavio Paz vorgehalten werden, jenem mexika-

nischen Schriftsteller, der 1984 den Friedenspreis des deutschen Buchhandels erhielt: „Warum billigen sie in Nicaragua die Einführung eines Systems, das sie in ihrem eigenen Land für unerträglich halten würden? Warum ist das, wie hier verhaßt wäre, dort bewundernswert?“

### **Anmerkungen**

- 1) Zur Vorgeschichte und ersten Phase der Revolution vgl. ausführlicher: J. Aretz, Nicaragua, in: J. Aretz/R. May (Hg.), Zentralamerika in der Krise, München 1985, S. 60 ff.
- 2) Die nachfolgend zitierten Hirtenbriefe und bischöflichen Verlautbarungen in: Die Bischöfe Nicaraguas zu Fragen der Zeit (= Stimmen der Weltkirche, Nr. 23). Hg. durch das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1985.
- 3) KNA, 5. Mai 1982.
- 4) KNA, 28. Juni 1980.
- 5) Zur Frage der Menschenrechte vgl. ausführlicher: J. Esteban Gonzalez, Die Situation der Menschenrechte, in: J. Aretz/R. May (wie Anm. 1), S. 125 ff.; dazu auch: Martin Kriele, Nicaragua – das blutende Herz Amerikas, München 1985, bes. S. 41 ff.
- 6) Aussage des Verteidigers Dr. B., Managua, gegenüber dem Autor.
- 7) Auf die Einwohnerzahl der Bundesrepublik Deutschland übertragen würde das einer Stärke der Bundeswehr von 4,5 Millionen Mann entsprechen.
- 8) F. Kassebeer, Die Träume der Hoffnung. Machtkampf in Mittelamerika. München 1984, S. 124 ff.
- 9) Neue Zürcher Zeitung, 29. Spetember 1984.
- 10) Der Spiegel, 14. September 1981.
- 11) Die Zeit, 16. November 1984.
- 12) Monitor-Dienst Lateinamerika, 21. Juli 1983.
- 13) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Oktober 1985.
- 14) Vgl. dazu J. Aretz (wie Anm. 1), S. 84, dort auch Anm. 42. Auch D. v. Appunn/H. J. Röder, Nicaragua – Revolution ohne Ende. München 1984.
- 15) Zur Problematik der Information über Nicaragua vgl. J. Aretz, Kalter Kaffee aus Nicaragua. Die „Szene“, ihre Informationspolitik und die Folgen, in: Die politische Meinung 218/1985.

### **Zur Person des Verfassers:**

Dr. phil. Jürgen Aretz, Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn zuständig u. a. für Lateinamerika und das Arbeitsgebiet Menschenrechte.